

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushalt 2013

Wir entscheiden heute über die Haushaltspläne für das Jahr 2013 und stellen damit die Weichen für die weitere Entwicklung Schweinfurts in den nächsten Jahren.

Der heute zur Abstimmung vorgelegte Haushaltsentwurf ist enttäuschend, weil er lediglich eine Fortschreibung der letzten Haushaltspläne darstellt. Der Haushaltsplan 2013 ist mutlos und zeigt keine Zukunftsperspektiven auf. Er geht die wesentlichen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf Schweinfurt zukommen, nicht an.

Und der Haushaltsentwurf 2013 ist vor allem auch unsozial, da er die benachteiligten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ausgrenzt und damit den sozialen Zusammenhalt in der Stadt Schweinfurt gefährdet.

Die SPD-Fraktion hat bei den diesjährigen Haushaltberatungen den tatsächlich vorhandenen realen Finanzspielraum nutzen wollen, um für die weitere Entwicklung der Stadt notwendige Vorhaben in den Bereichen Soziales, Stadtentwicklung, Bildung und kommunale Energiewende anzugehen.

Dabei hat die SPD-Fraktion ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, dass die beabsichtigten Vorhaben der breiten Schweinfurter Bevölkerung und insbesondere auch den benachteiligten Bürgerinnen und Bürger zugute kommen. Außerdem haben wir es für erforderlich gehalten, die dringend notwendigen Maßnahmen zum Erhalt der städtischen Infrastruktur, insbesondere der städtischen Liegenschaften und im Bereich der Straßenerneuerung und des Radwegenetzes anzugehen. Dies ist uns allerdings aufgrund der sturen und starren ablehnenden Haltung einer Allianz aus Oberbürgermeister, Teilen der Verwaltung sowie der CSU-Fraktion samt ihrer Gefolgschaft leider nicht gelungen.

1. Die Stadt Schweinfurt schiebt bei Straßenerneuerungen, beim Radwegebau und bei der Sanierung von städtischen Liegenschaften – sowohl bei Schulen als auch bei Verwaltungsgebäuden – riesige Berge an Notwendigkeiten vor sich her.

Es besteht in Schweinfurt bei den städtischen Liegenschaften und der Infrastruktur ein erheblicher Sanierungsbedarf. Für die Liegenschaften ergibt sich dies eindrucksvoll aus der ersten Aufstellung zur Mittelanforderung der SWG für den Haushalt 2011.

Damals waren für das Jahr 2012 Mittel für den großen Bauunterhalt in Höhe von 7,5 Millionen EUR vorgesehen, für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 4,2 Millionen EUR. Diese Mittel wurden dann jedoch in den Folgejahren erheblich reduziert.

Was den Bereich der Straßenerneuerungen anbelangt, so liegt ein Gutachten vor, wonach jährlich ein Aufwand von 2 Millionen EUR erforderlich ist, um die Straßen in Schuß zu halten. Eingestellt im Haushalt sind nur 500.000,00 EUR.

Und dass das Radwegenetz mit einem Betrag in Höhe von 50.000,00 EUR nicht erweitert und geschlossen werden kann, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Mit 50.000,00 EUR können gerade die notwendigsten Reparaturmaßnahmen durchgeführt werden.

Der Abbau dieses erheblichen Sanierungsbedarfs gehört jedoch nicht in die Rubrik „Wunschliste von Mitgliedern des Stadtrats“, wie es Oberbürgermeister und Verwaltung darstellen wollen, sondern zu den ureigensten Aufgaben der Stadt, wie z.B. Ausgaben für Kultur, für Wirtschaft, für Schulen, Sport und Jugend.

Die vorhandenen Liegenschaften und die Infrastruktur müssen in Ordnung gehalten werden, um später höhere Kosten zu vermeiden. Außerdem wird bei der Sanierung von Gebäuden noch ein erheblicher Beitrag zur Energiewende geleistet.

Obwohl die Sanierung der Liegenschaften und der Infrastruktur zu den Grundaufgaben der Stadt gehört, haben Oberbürgermeister und Verwaltung bei den Haushaltsberatungen versucht, den Eindruck zu erwecken, dass diese Maßnahmen zu den nicht erfüllbaren Wünschen von Mitgliedern des Stadtrats gehören.

Diese Sichtweise ist natürlich falsch!

Schlimm und nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass die überwiegende Mehrheit hier im Stadtrat dies auch noch akzeptiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – insbesondere von der CSU-Fraktion, von Pro Schweinfurt und der Fraktion der Freien -.

Nach Artikel 29 der Bayerischen Gemeindeordnung wird die Stadt vom Stadtrat verwaltet. Der Stadtrat und nicht die Verwaltung bestimmt, wie viel Geld für die Gebäudesanierung, die Straßenerneuerung und den Radwegebau ausgegeben wird.

Nirgendwo steht geschrieben, dass nur 4 Millionen jährlich ausgegeben werden dürfen und schon gar nicht ist es erforderlich, dass bei Durchführung einer Sanierungsmaßnahme ein Stadtratsmitglied mitteilen muss, welche andere Sanierungsmaßnahme dafür entfallen soll.

Dass einzelne Stadtratsmitglieder dieser Aufforderung der Verwaltung auch noch nachkommen, ist geradezu absurd und lässt doch erhebliche Zweifel am Selbstverständnis einzelner Stadträte aufkommen.

Weshalb nicht mehr Geld für die dringend erforderlichen Straßenerneuerungen und für den Radwegebau eingestellt wurde, ist nicht nachvollziehbar und schlichtweg eine falsche Entscheidung.

Wir werden deshalb heute wiederum beantragen, weitere 500.000,00 EUR für Straßenerneuerungen sowie einen Betrag in Höhe von weiteren 100.000,00 EUR für den Radwegebau in den Haushalt einzustellen.

Dasselbe gilt angesichts veralteter Heizungsanlagen und undichter Dächer an Schulgebäuden auch für die von uns geforderten Gebäudesanierungsmaßnahmen. Auch die Ablehnung dieser Sanierungsmaßnahmen war eine schlechte Entscheidung.

Dies gilt auch für den Kunstrasenplatz im Stadion. Hier konnte man vor einigen Tagen im Schweinfurter Tagblatt nachlesen, dass dieser Platz mittlerweile als gesundheitsgefährdend eingestuft wird.

2. Ein Trauerspiel war bei den Haushaltsberatungen im Sozialbereich zu besichtigen.

In Schweinfurt gelten bis zu 25 % der Kinder als arm, also jedes 4. Kind. Damit liegen wir

leider in Bayern mit an der Spitze. Einher mit dem Problem der Kinderarmut geht die Problematik der extrem unterschiedlichen Übertrittsquoten an den Schweinfurter Grundschulen.

In diesen Bereichen besteht dringend konkreter Handlungsbedarf.

Leider sehen wir von Seiten des Oberbürgermeisters sowie der CSU-Fraktion und ihrer Gefolgschaft keinerlei Anstrengungen, diese brennenden Probleme endlich anzugehen. Vielmehr wird versucht, mit einer überflüssigen Wertediskussion diese Problematik zu vernebeln.

Dass unsere Anträge – und auch Anträge anderer Fraktionen – in diesen Bereichen abgelehnt wurden, ist völlig unverständlich.

Dass dann aber im Gegenzug für das von der CSU-Fraktion erneut beantragte überflüssige und unsoziale sog. Familienförderprogramm 100.000,00 EUR ausgegeben werden, kann tatsächlich niemand mehr verstehen. Dieses Geld hätten wir an anderer Stelle vernünftiger einsetzen können.

Die freien Grundstücke der Stadt werden auch ohne das sog. Familienförderprogramm sehr schnell vermarktet sein. Diese Förderung ist so, als wenn man beim Kauf eines Tickets für das Konzert „Der toten Hosen“ in Schweinfurt zusätzlich noch einen Gutschein für eine Maß Bier und eine Bratwurst erhält. Der Gutschein wird die Entscheidung, das Ticket zu kaufen, nicht beeinflussen. Erfreut wird jedoch der Käufer des Tickets den Gutschein gerne mitnehmen.

Wie die Faust aufs Auge passt zu dem sog. Familienförderprogramm, dass der Antrag der Schweinfurter Tafel auf einen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 EUR durch die CSU-Fraktion und ihre Gefolgschaft abgelehnt wurde.

Der Hinweis des Kämmerers, keine „neuen Fässer“ aufzumachen, kann den Stadtrat doch nicht davon abhalten, jeden einzelnen Zuschussantrag – egal ob alt oder neu – zu überprüfen.

Die Schweinfurter Tafel leistet wertvolle ehrenamtliche Arbeit, die ebenso wie andere ehrenamtliche Tätigkeit zu fördern ist.

Die Schweinfurter Tafel hat nicht nur warme Worte bei Sonntagsreden verdient, sondern auch notwendige finanzielle Unterstützung.

Die Ablehnung des Zuschussantrags der Schweinfurter Tafel ist weder christlich noch sozial.

Ich beantrage deshalb, einen Zuschuss für die Schweinfurter Tafel in Höhe von 5.000,00 EUR in den Haushalt einzustellen.

3. Auch im Bereich der Energiewende auf kommunaler Ebene bietet der Haushalt 2013 keine Lösungsansätze.

Bis heute wurde dem Stadtrat kein schlüssiges umfassendes Energiekonzept vorgelegt. Zwar wird vom Oberbürgermeister auf die geplante Beteiligung der Stadtwerke an drei Windkraftanlagen hingewiesen, doch vermischen wir weiterhin Maßnahmen im Bereich der Energieeinsparung und der Energieeffizienz. Diese Bereiche hätten wir endlich mit unseren Anträgen angehen können. Diese Chance wurde abermals vertan.

So ist es wirklich unverständlich, weshalb die veraltete Elektroheizung in der Friedrich-Rückert-Schule nicht endlich durch Fernwärme ersetzt wird. Dies wäre ein Signal, dass die kommunale Energiewende ernst genommen wird.

Wir werden deshalb heute noch einmal diesen Antrag stellen.

4. Ich habe im Vorfeld der Hausratsberatungen erklärt, dass im Haushaltsentwurf 2013 eine Handschrift nicht erkennbar sei. Diese Einschätzung muss ich allerdings nach den Haushaltsberatungen korrigieren.

Eine Handschrift ist erkennbar. Sie zeigt einen Haushalt,

- der sich nicht ausreichend um den sozialen Zusammenhalt in der Stadt kümmert
- der die notwendigen Maßnahmen in den zukunftsträchtigen Bereichen Bildung, Stadtentwicklung und kommunaler Energiewende nicht ernsthaft angeht und
- der den Sanierungsbedarf bei den städtischen Liegenschaften, bei den Straßenerneuerungen und dem Radwegebau nicht einmal ansatzweise deckt.

Aus diesen Gründen lehnt die SPD-Stadtratsfraktion den Haushalt 2013 in der jetzt vorliegenden Fassung ab.

5. Die SPD-Stadtratsfraktion bedankt sich abschließend bei allen Betrieben mit ihren Beschäftigten und allen Bürgern, die durch ihre Steuerzahlungen dazu beitragen, dass die Stadt ihre Aufgaben sachgerecht erfüllen kann. Wir bedanken uns außerdem bei den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Arbeit und die sorgfältige Bewirtschaftung der Haushaltsmittel.